

Schriften zum Prozessrecht

Band 276

**Das Konzept einer allgemeinen
Prozessrechtslehre in Gesetzgebung
und Rechtsdogmatik**

Eine Analyse ausgewählter prozessualer Institute

Von

Cathrin Silberzahn



Duncker & Humblot · Berlin

CATHRIN SILBERZAHN

Das Konzept einer allgemeinen Prozessrechtslehre
in Gesetzgebung und Rechtsdogmatik

Schriften zum Prozessrecht

Band 276

Das Konzept einer allgemeinen Prozessrechtslehre in Gesetzgebung und Rechtsdogmatik

Eine Analyse ausgewählter prozessualer Institute

Von

Cathrin Silberzahn



Duncker & Humblot · Berlin

Die Graduate School of Law, Economics and Society (GSLES)
hat diese Arbeit im Jahre 2020 in Ausübung des Promotionsrechts
der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0219
ISBN 978-3-428-18234-3 (Print)
ISBN 978-3-428-58234-1 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern und meinem Bruder Martin

Vorwort

Diese Arbeit ist am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Deutsches, Europäisches und Internationales Steuerrecht von Herrn Prof. Dr. Ralf P. Schenke entstanden und konnte 2020 erfolgreich abgeschlossen werden.

An erster Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Prof. Dr. Ralf P. Schenke bedanken, der meine Dissertation hervorragend betreut hat. Er hat mir stets anregende und hilfreiche Impulse gegeben und meine Arbeit mit kritischen und ermunternden Worten begleitet. Auch hatte er jederzeit ein offenes Ohr für mich und jede Diskussion war ihm willkommen. Im Rahmen der Promotion und durch die Arbeit an seinem Lehrstuhl habe ich viel von ihm gelernt. Meinem Zweitbetreuer Herrn Prof. Dr. Ralf Brinktrine möchte ich ebenfalls ganz herzlich Danke sagen für die Begleitung der Arbeit. Auch Herrn Prof. Dr. Florian Bien möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Er gab mir hilfreiche Impulse für die Dissertation und ging auch als Direktor der Graduate School of Law, Economics and Society (GSLES) immer zeitnah auf meine Fragen zum Promotionsverfahren ein.

Weiterhin möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen Anna Bödighheimer-Christ, Jessica Flint, Jörn Kronbach, Maria Lairich, Sara Lösel, Dr. Sebastian Scholz, Dr. Sebastian Sumalvico, Dr. Jan Weismantel und Niklas Voitok für die vielen spannenden Gespräche und Diskussionen und die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir hatten stets ein gutes Arbeitsklima, waren gleichzeitig produktiv und haben es geschafft, eine gute „Work-Life-Balance“ zu erreichen. Ganz besonders hervorheben möchte ich die damalige Sekretärin unseres Lehrstuhls Sigrid Then, zu der ich wirklich mit jedem Anliegen kommen konnte und die maßgeblich zu der guten Atmosphäre beigetragen und uns so ein effizientes und angenehmes Arbeiten ermöglicht hat. Mein Dank gilt auch ihrem Sohn Johannes Then, der mich bei der technischen Umsetzung der automatisierten Textanalyse unterstützt hat, immer auf meine Ideen eingegangen ist und sein Wissen auch aus der Ferne gut übermitteln konnte.

Nicht vergessen möchte ich meine studentischen Hilfskräfte, die mir im Rahmen meiner Tätigkeit als Frauenbeauftragte der Juristischen Fakultät zugeordnet waren und die mich nicht nur bei dieser Tätigkeit, sondern auch bei der Promotion unterstützt haben. Ich möchte mich daher bedanken bei Niklas Dehne, Manuela Deingruber und Eva Witzmann sowie Hannah von Wickedede, die zwischenzeitlich meine Kollegin und selbst Doktorandin wurde. Sie ha-

ben mich tatkräftig bei der Recherche, den Korrekturen und sonstigen arbeitsintensiven Aufgaben unterstützt. Die Diskussionen mit ihnen waren hilfreich und anregend und für ihre oft überobligatorische Arbeit bin ich ihnen sehr dankbar. Auch bei den studentischen Hilfskräften des Lehrstuhls möchte ich mich herzlich bedanken.

Weiterhin möchte ich meine Mutter Sabine Silberzahn, meinen Vater Jürgen Silberzahn und meinen Bruder Martin Silberzahn an dieser Stelle unbedingt erwähnen, denen ich ebenfalls zu großem Dank verpflichtet bin. Sie haben mich stets ermutigt und unterstützt – „Du musst einfach nur schreiben!“ – und so dazu beigetragen, dass diese Arbeit erfolgreich zu Ende gebracht werden konnte. Hervorzuheben ist vor allem die Unterstützung durch meinen Bruder. Er nahm sich wirklich immer Zeit für mich, egal ob es ein technisches Problem zu lösen galt oder eine inhaltliche Frage zu diskutieren. Durch das Know-How, das er durch seine Tätigkeit in der Kommunalverwaltung erworben hat, trug er dazu bei, dass ich in meine Arbeit auch immer wieder die Perspektive der Praxis einbringen konnte.

Ein ganz herzlicher Dank gilt auch Daniel Härter für seine Unterstützung und Motivation. Weiterhin ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei Karl Härter für zahlreiche hilfreiche Korrekturen und Impulse. Ein ebenso großer Dank geht an Valérie von Gleichen, die mich als Doktorandin im volkswirtschaftlichen Bereich der Wirtschaftswissenschaften bei dem interdisziplinären Teil der Dissertation unterstützt und so dazu beigetragen hat, dass ich auch diese Perspektive einfließen lassen konnte.

Die Arbeit wurde durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die Förderung durch die HSS, vor allem auch die zahlreichen Seminare und der so ermöglichte Austausch mit anderen Promovierenden, hat meine Arbeit in vielfältiger Weise bereichert. Auch dafür möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Auf jeden Fall werde ich immer gerne an die Zeit der Entstehung der Promotion zurückdenken, die für mich eine Zeit des Lernens, des Ausprobierens und der persönlichen Entwicklung war. So war sie geprägt von harter Arbeit und anspruchsvollen Aufgaben, aber auch von Kollegialität und Spaß und ich bin sehr froh, dass ich diese Chance wahrgenommen habe.

Würzburg, im März 2021

Cathrin Silberzahn

Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung	29
§ 2	Das Konzept einer allgemeinen Prozessrechtslehre	53
§ 3	Analyse der Relevanz des Einheitsgedankens im Prozessrecht auf Ebene der Gesetzgebung	119
§ 4	Analyse der Relevanz des Einheitsgedankens im Prozessrecht auf Ebene der Rechtsdogmatik	237
§ 5	Interdependenzen zwischen den Ebenen der Gesetzgebung und der Rechts- dogmatik in Bezug auf die Relevanz des Einheitsgedankens im Prozess- recht	277
§ 6	Zusammenfassung	284
§ 7	Schlussbetrachtung und Ausblick	301
§ 8	Anhang: Ergänzungen zu § 4	303
Literaturverzeichnis		347
Personen- und Sachverzeichnis		377

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	29
A. Grundlegende Unterscheidung der Verfahrensordnungen	29
B. Erkenntnisinteresse	31
C. Gliederung	32
D. Untersuchungskonzept	34
I. Methodik	34
1. Induktion	34
2. Beobachtungsebenen	35
3. Intra- und Interdisziplinarität	37
II. Eingrenzung der Themenstellung	39
1. Auswahl des Verfahrensrechts	39
a) ZPO	41
b) GVG	42
c) VwGO, FGO und SGG	43
d) ArbGG	44
e) StPO	45
2. Auswahl der Quellen	46
3. Auswahl der prozessualen Institute	49
§ 2 Das Konzept einer allgemeinen Prozessrechtslehre	53
A. Beispiele aus der Literatur	53
B. Begriff	62
I. Prozess	63
II. Prozessrechtslehre	66
III. Allgemeinheit	66
C. Bindungselemente	69
I. Funktionen des Prozesses	70
1. Hauptfunktion – Gewährung subjektiven Rechtsschutzes	71
a) Justizgewährleistungsanspruch auf nationaler Ebene	72
aa) Garantie des effektiven Rechtsschutzes gemäß Art. 19 Abs. 4 GG	72
bb) Allgemeiner Justizgewährleistungsanspruch	79
b) Justizgewährleistungsanspruch auf Ebene der EMRK	81
c) Justizgewährleistungsanspruch auf Unionsebene	83
2. Nebenfunktionen	87
a) Bewahrung der objektiven Rechtsordnung	87

b) Rechtsfortbildung	91
c) Rechtsfrieden und Rechtssicherheit	94
3. Zwischenergebnis	94
II. Prozessmaximen und allgemeine rechtsstaatliche Grundsätze	95
1. Hauptmaximen	97
a) Dispositionsmaxime versus Officialmaxime	97
b) Bebringungsmaxime versus Untersuchungsmaxime	101
2. Weitere prozessuale Maximen	104
a) Grundsatz der Mündlichkeit	104
b) Grundsatz der Unmittelbarkeit	106
c) Grundsatz der Öffentlichkeit	108
d) Konzentrationsmaxime und Grundsatz der Verfahrensbeschleunigung	110
e) Grundsatz des Amtsbetriebes	112
3. Allgemeine rechtsstaatliche Grundsätze	113
a) Rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG	113
b) Recht auf einen gesetzlichen Richter, Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	115
4. Zwischenergebnis	116
III. Weitere Bindungselemente	116
D. Zusammenleitung	117
§ 3 Analyse der Relevanz des Einheitsgedankens im Prozessrecht auf Ebene der Gesetzgebung	119
A. Die Verwaltungsprozessordnung	120
I. Das Vorhaben der Schaffung einer VwPO	120
II. Die Aktualität der Schaffung einer VwPO	123
B. Regelungsmodelle des Gesetzgebers für prozessuale Institute in den unterschiedlichen Verfahrensordnungen	127
I. Regelungsmodell 1: Vorrang der ZPO	128
II. Regelungsmodell 2: Getrennte Regelungen	129
1. Variante 1: Eigenständige Regelungen	129
2. Variante 2: Parallele Regelungen	129
III. Regelungsmodell 3: Einheitliches Gesetz	130
1. Große Lösung – Einheit aller betrachteten Prozessrechtsordnungen	133
2. Kleine Lösung – Einheit der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsordnungen	134
C. Verweisungstechniken	135
I. Veweisungstechnik als Bestandteil der Gesetzgebungslehre	135
II. Verweisungen in den analysierten Prozessrechtsordnungen	137
1. Verweisungen von SGG auf VwGO	137
2. Generalverweisungen in den öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen	140

a) Subsidiarität	141
b) Keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Verfahrensarten	142
c) „Entsprechende“ beziehungsweise „sinngemäße“ Anwendbarkeit	144
3. Spezialverweisungen auf ZPO und GVG in den öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen	146
a) Spezialverweisungen mit Abweichungsvorbehalt	147
b) Spezialverweisungen ohne Voraussetzungen	148
aa) Spezialverweisungen ohne Voraussetzungen auf die ZPO	148
bb) Spezialverweisungen ohne Voraussetzungen auf das GVG	152
c) Rechtsfolgende Seite der Spezialverweisungen	154
D. Einzelanalyse ausgewählter prozessualer Institute	155
I. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	156
1. Ausgangspunkte	156
a) Dienstaufsichtsbeschwerde, § 26 Abs. 2 DRiG	157
b) Verfassungsbeschwerde, Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG	158
c) Amtshaftungsanspruch, § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 GG	159
d) Außerordentliche Beschwerde	160
e) Untätigkeitsklage, § 75 VwGO, § 46 FGO, § 88 SGG	161
2. ÜberlVfRSchG	162
a) Regelungssystematik	162
b) Relevanz des Einheitsgedankens	166
aa) GVG	166
bb) ZPO	174
cc) VwGO, FGO und SGG	174
c) SachVRÄndG – Folgeänderungen nach Inkrafttreten des ÜberlVfRSchG als Exkurs	178
3. Konklusion	180
II. Mediation	181
1. Ausgangspunkte	183
a) Allgemeines	183
b) ZPO-RG	185
2. MediationsuaFöG	188
a) Regelungssystematik	188
b) Relevanz des Einheitsgedankens	191
aa) MedG	191
bb) GVG	194
cc) ZPO	195

dd) VwGO, FGO und SGG	196
3. Konklusion	199
III. Videokonferenztechnik	201
1. Ausgangspunkte	201
a) ZSchG	201
b) 2. FGOÄndG	202
c) ZPO-RG und JKomG	203
2. VideokonflIntensG	206
a) Regelungssystematik	206
b) Relevanz des Einheitsgedankens	207
3. Konklusion	211
IV. Elektronischer Rechtsverkehr mit den Gerichten	212
1. Ausgangspunkte	213
a) FormAnpG	213
b) JKomG	215
c) EAJEGuERVfFöG	219
d) eIDAS-Durchführungsgesetz	220
2. ERVGerFöG	221
a) Regelungssystematik	221
b) Relevanz des Einheitsgedankens	227
aa) ZPO	227
bb) VwGO, FGO und SGG	229
cc) Vorschriften zum Inkrafttreten	231
3. Konklusion	232
E. Zusammenleitung	233
§ 4 Analyse der Relevanz des Einheitsgedankens im Prozessrecht auf	
Ebene der Rechtsdogmatik	237
A. Der Textproduktion vorausgehende Verstehensprozesse	237
I. Vorverständnis	238
1. Begriff des Vorverständnisses	238
2. Vorverständnis und Einheit des Prozessrechts	239
II. Leitbild	240
1. Begriff des Leitbildes und Abgrenzung zum Vorverständnis ..	240
2. Leitbild und Einheit des Prozessrechts	242
III. Zusammenfassung	243
B. Die Vorstellung von der Einheit des Prozessrechts in juristischen	
Texten	243
I. Untersuchte rechtsdogmatische Quellen	245
1. Datengewinnung	245
a) Auswahl der analysierten Kommentare	245
aa) ÜberlVfRSchG	245
bb) MediationsuaFöG	246

cc) VideokonferenzG	247
dd) ERVGerFöG	248
ee) Gesamtsumme	249
b) Datengewinnung aus den Kommentaren	249
2. Datensortierung	250
II. Analysemethode	251
1. Schlüsselwörter	253
a) Allgemeine Schlüsselwörter	253
b) Spezifische Schlüsselwörter	254
2. Suche	255
a) Suchmodalitäten	255
b) Leistungsfähigkeit der Suche	256
III. Auswertung	258
1. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren (194 Quellen)	260
a) Hypothese	260
b) Auswertung der Aufsätze (33 Quellen)	261
aa) Allgemeine Aufsätze (13 Quellen)	261
bb) Zivilprozessuale Aufsätze (9 Quellen)	261
cc) Verwaltungsprozessuale Aufsätze (4 Quellen)	261
dd) Finanzprozessuale Aufsätze (4 Quellen)	262
ee) Sozialprozessuale Aufsätze (3 Quellen)	262
c) Auswertung der Entscheidungen (161 Quellen)	262
aa) Zivilprozessuale Entscheidungen (62 Quellen)	262
bb) Verwaltungsprozessuale Entscheidungen (26 Quellen)	263
cc) Finanzprozessuale Entscheidungen (24 Quellen)	263
dd) Sozialprozessuale Entscheidungen (49 Quellen)	263
d) Ergebnis	264
2. Mediation (48 Quellen)	264
a) Hypothese	264
b) Aufsätze (36 Quellen)	264
aa) Allgemeine Aufsätze (20 Quellen)	264
bb) Zivilprozessuale Aufsätze (8 Quellen)	265
cc) Verwaltungsprozessuale Aufsätze (7 Quellen)	265
dd) Finanzprozessuale Aufsätze (0 Quellen)	266
ee) Sozialprozessuale Aufsätze (1 Quelle)	266
c) Entscheidungen (12 Quellen)	266
aa) Verwaltungsprozessuale Entscheidungen (10 Quellen)	266
bb) Sozialprozessuale Entscheidungen (2 Quellen)	267
cc) Zivil- und finanzprozessuale Entscheidungen (0 Quellen)	267
d) Ergebnis	267
3. Videokonferenztechnik (7 Quellen)	268

a) Hypothese	268
b) Aufsätze (3 Quellen)	269
aa) Allgemeine Aufsätze (2 Quellen)	269
bb) Sozialprozessuale Aufsätze (1 Quelle)	269
cc) Zivil-, verwaltungs- und finanzprozessuale Aufsätze (0 Quellen)	269
c) Entscheidungen (4 Quellen)	269
aa) Zivilprozessuale Entscheidungen (1 Quelle)	269
bb) Verwaltungsprozessuale Entscheidungen (0 Quellen) ..	269
cc) Finanzprozessuale Entscheidungen (2 Quellen)	270
dd) Sozialprozessuale Entscheidungen (1 Quelle)	270
d) Ergebnis	270
4. Elektronischer Rechtsverkehr mit den Gerichten (29 Quellen) ..	271
a) Hypothese	271
b) Aufsätze (29 Quellen)	271
aa) Allgemeine Aufsätze (15 Quellen)	271
bb) Zivilprozessuale Aufsätze (9 Quellen)	272
cc) Verwaltungsprozessuale Aufsätze (3 Quellen)	273
dd) Finanzprozessuale Aufsätze (1 Quelle)	273
ee) Sozialprozessuale Aufsätze (1 Quelle)	273
c) Entscheidungen (0 Quellen)	273
d) Ergebnis	274
IV. Kontrolle der Ergebnisse	274
C. Zusammenleitung	274
§ 5 Interdependenzen zwischen den Ebenen der Gesetzgebung und der Rechtsdogmatik in Bezug auf die Relevanz des Einheitsgedankens im Prozessrecht	277
A. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	280
B. Mediation	281
C. Videokonferenztechnik	281
D. Elektronischer Rechtsverkehr mit den Gerichten	281
E. Zusammenleitung	282
§ 6 Zusammenfassung	284
§ 7 Schlussbetrachtung und Ausblick	301
§ 8 Anhang: Ergänzungen zu § 4	303
A. Vorgehensweise bei der Textanalyse (Detailbeschreibung)	303
I. Ursprungsgedanke	303
II. Manuelle Suche nach Schlüsselwörtern	304
III. Automatische Suche	305
1. Programmentwicklung	305
2. Auswertung	306
3. Datensätze	307

4. Fehlerbehebung bei der Suche	308
5. Suchterme	309
a) ÜberlVfRSchG	309
aa) Themengruppe 1	309
bb) Themengruppe 2	309
cc) Themengruppe 3	310
dd) Themengruppe 4	310
ee) Themengruppe 5	310
ff) Abweichende Suchterme aufgrund von Fehlermeldun- gen	311
b) MediationsuaFöG	311
aa) Themengruppe 1	311
bb) Themengruppe 2	311
cc) Themengruppe 3	312
dd) Themengruppe 4	312
ee) Themengruppe 5	312
ff) Abweichende Suchterme aufgrund von Fehlermeldun- gen	312
c) VideokonfIntensG	313
aa) Themengruppe 1	313
bb) Themengruppe 2	313
cc) Themengruppe 3	313
dd) Themengruppe 4	314
ee) Themengruppe 5	314
ff) Abweichende Suchterme aufgrund von Fehlermeldun- gen	314
d) ERVGerFöG	314
aa) Themengruppe 1	314
bb) Themengruppe 2	315
cc) Themengruppe 3	315
dd) Themengruppe 4	316
ee) Themengruppe 5	316
ff) Abweichende Suchterme aufgrund von Fehlermeldun- gen	316
e) Doppelungen	316
6. Kategorien	317
a) Allgemeines	317
b) Quelle	317
aa) Themengruppe 1	318
bb) Themengruppe 2	319
cc) Themengruppe 3	319
dd) Themengruppe 4	320
ee) Themengruppe 5	321

7. Ergebnisse	323
8. Statistik	323
B. Stichprobenkontrolle der Textanalyse	324
I. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	324
1. Aufsatzkontrolle	324
a) Allgemeiner Aufsatz: „Die Klage auf Feststellung der unangemessenen Dauer eines gerichtlichen Verfahrens“	324
b) Zivilprozessualer Aufsatz: „Effektiver Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer – Das neue Gesetz aus zivilrechtlicher Perspektive“	325
c) Verwaltungsprozessualer Aufsatz: „Der neue staatshaftungsrechtliche Anspruch bei überlangen Gerichtsverfahren“	326
d) Finanzprozessualer Aufsatz: „Neuer Rechtsschutz gegen die überlange Dauer finanzgerichtlicher Verfahren“	327
e) Sozialprozessualer Aufsatz: „Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer in der Sozialgerichtsbarkeit – Zum Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011 –“	328
2. Rechtsprechungskontrolle	329
a) Zivilprozessuale Entscheidung: „Entschädigungsklage wegen überlanger Dauer von ‚Massenverfahren‘“	329
b) Verwaltungsprozessuale Entscheidung: „Entschädigung wegen überlanger Verfahrensdauer“	330
c) Finanzprozessuale Entscheidung: „Angemessenheit der Dauer von Beschwerdeverfahren vor BFH“	330
d) Sozialprozessuale Entscheidung: „Keine Entschädigung für ein überlanges Gerichtsverfahren wegen nicht rechtzeitig erhobener Verzögerungsrüge“	331
II. Mediation	333
1. Aufsatzkontrolle	333
a) Allgemeiner Aufsatz: „Mediation – Von der Alternative zum Recht zur Integration in das staatliche Konfliktlösungssystem“	333
b) Zivilprozessualer Aufsatz: „Der Güterichter als Konfliktmanager im staatlichen Gerichtssystem – Aufgabenbereiche und Methoden des Güterichters nach § 278 ZPO – Eine erste Bilanz“	334
c) Verwaltungsprozessualer Aufsatz: „Mediation im Verwaltungsverfahren nach Inkrafttreten des Mediationsförderungsgesetzes“	335
d) Sozialprozessualer Aufsatz: „Güterichter statt Mediator – Güteverhandlung und Mediation im sozialgerichtlichen Verfahren“	336
2. Rechtsprechungskontrolle	337

a) Verwaltungsprozessuale Entscheidung: „Konfliktbeilegung, Mandatsniederlegung, Dienstpflichtverletzung“	337
b) Sozialprozessuale Entscheidung: „Unzulässigkeit einer Beschwerde gegen Verweisung an den Güterichter und Anordnung des Ruhens des Verfahrens“	338
III. Videokonferenztechnik	339
1. Aufsatzkontrolle	339
a) Allgemeiner Aufsatz: „Auf dem Weg von der mündlichen Verhandlung zur Videokonferenz – Ein kleiner Schritt auf dem Weg zum elektronischen Gerichtsverfahren“	339
b) Sozialprozessualer Aufsatz: „Der neue § 110a SGG – Videokonferenzen im Sozialgerichtsprozess“	340
2. Rechtsprechungskontrolle	341
a) Zivilprozessuale Entscheidung: „Unerreichbarkeit eines Auslandszeugen“	341
b) Finanzprozessuale Entscheidung: „Kein Kindergeld für in Südamerika tätigen Missionar“	341
c) Sozialprozessuale Entscheidung: „Unfallversicherung, Arbeitsunfall“	342
IV. Elektronischer Rechtsverkehr mit den Gerichten	342
1. Aufsatzkontrolle	342
a) Allgemeiner Aufsatz: „Die deutsche Justiz im digitalen Zeitalter – Entwicklung und Entwicklungsperspektiven von E-Justice“	342
b) Zivilprozessualer Aufsatz: „Der elektronische Rechtsverkehr im Zivilprozess“	343
c) Verwaltungsprozessualer Aufsatz: „Elektronischer Verwaltungsprozess – Vision, Illusion oder Bedrohung?“	343
d) Finanzprozessualer Aufsatz: „Die elektronische Klage – Verwendung von Fax, Computerfax und E-Mail in der Praxis“	344
e) Sozialprozessualer Aufsatz: „Der elektronische Rechtsverkehr in der Rechtsanwendung – heute und morgen“	345
2. Rechtsprechungskontrolle	346
Literaturverzeichnis	347
Personen- und Sachverzeichnis	377

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Vorrang der ZPO	129
Abbildung 2:	Getrennte Regelungen – Eigenständige Regelungen	130
Abbildung 3:	Getrennte Regelungen – Parallele Regelungen	131
Abbildung 4:	Einheitliches Gesetz – Große Lösung	133
Abbildung 5:	Einheitliches Gesetz – Kleine Lösung	135
Abbildung 6:	Von Modellen zu Modelltheorien	236
Abbildung 7:	Betrachtungsweisen von Prozessrecht	256
Tabelle 1:	Tendenzen der Betrachtung des Prozessrechts als Einheit	276

Abkürzungsverzeichnis

ABl	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AGS	Anwaltsgebühren spezial
AnfG	Anfechtungsgesetz
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AOSTB	AO-Steuerberater
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbR	Arbeitsrecht
Art.	Artikel
ASR	Anwalt/Anwältin im Sozialrecht
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylG	Asylgesetz
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauGB	Baugesetzbuch
BayRVR	Bayerischer Rechts- und Verwaltungsreport
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
beA	besonderes elektronisches Aktenpostfach
BeckRS	Beck-online Rechtsprechung
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung (bis 1997: amtlich nicht veröffentlichter) Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BGHE	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BR	Bundesrat
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRJ	Bonner Rechtsjournal
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT	Bundestag
Buchh	Buchholz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl	bezüglich
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Co.	Compagnie
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
DB	Der Betrieb
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DS	Der Sachverständige
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
Dt.	Deutsch
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
E	Entscheidung

e.V.	eingetragener Verein
EAJEGuERVFöG	Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs
E-Akte	Elektronische Akte
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGVP	Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
eIDAS	electronic IDentification, Authentication and trust Services
E-Justice	Electronic Justice
EL	Ergänzungslieferung
EMöGG	Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention; Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
ERVGerFöG	Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten
ERVV	Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung
ESF-Projekt	Europäischer Sozialfond-Projekt
EU	Europäische Union
EuBV	Verordnung über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuGFV	Verordnung zur Einführung eines Europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Eur.	Europäisches Recht (Titelzusatz LL.M.)
Europ.	Europäisch
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgend
FamFG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FDP	Freie Demokratische Partei

ff.	und folgende
FG	Finanzgericht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGG-RG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
FGOÄndG	Gesetz zur Änderung der Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FormAnpG	Formanpassungsgesetz
FPR	Familie Partnerschaft Recht
G	Gesetz
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GLU	Glossar zu Niklas Luhmann's Theorie sozialer Systeme
GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
GrCh	Grundrechte-Charta
GrundRChartaErläut	Erläuterungen zur Grundrechte-Charta
GSLES	Graduate School of Law, Economics and Society
GVerfÄndG	Gesetz über die Besetzung der großen Straf- und Jugendkammern in der Hauptverhandlung und zur Änderung weiterer gerichtsverfassungsrechtlicher Vorschriften sowie des Bundesdisziplinargesetzes
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVKostG	Gesetz über die Kosten der Gerichtsvollzieher
GVOBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HFR	Humboldt Forum Recht
HFR	HöchstRichterliche Finanzrechtsprechung
HRRS	HöchstRichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
Int.	International
IntVidKTLVO	Landesverordnung zur Umsetzung des Gesetzes zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren
i. V. m.	in Verbindung mit

JA	Juristische Arbeitsblätter
JKomG	Justizkommunikationsgesetz
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jura	Juristische Ausbildung
JurPC	Internet-Zeitschrift für Rechtsinformatik und Informationsrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
K & R	Kommunikation und Recht
KG	Kammergericht
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KomE	Kommissionsentwurf
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LG	Landgericht
LL.M.	Master of Laws
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LSG	Landessozialgericht
Ltd.	Limited
LwVG	Landwirtschaftsverfahrensgesetz
MA-Netze	Multiagenten-Netzwerke
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MedG	Mediationsgesetz
Mediations-RL	Mediationsrichtlinie
MediationsuaFöG	Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren außergerichtlicher Konfliktbeilegung
MMR	MultiMedia und Recht
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe für Steuer- und Wirtschaftsrecht
NWVB	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
Öffentl.	Öffentliches
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PlPr.	Plenarprotokoll
pm	perspektive mediation
QR-Code	Quick Response-Code
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit
RGBI	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
RM	Regelungsmodell
Rn.	Randnummer
RPflG	Rechtspflegergesetz
RsprEinhG	Rechtsprechungs-Einheitlichkeitsgesetz
RuP	Recht und Politik
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
S.	Seite
SachVRÄndG	Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes, der Verwaltungsgerichtsordnung, der Finanzgerichtsordnung und des Gerichtskostengesetzes
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SCHlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SGGÄndG	Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes
SigG	Signaturgesetz
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
SozSich	Soziale Sicherheit
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRa	Sozialrecht aktuell
SRA	Sozialrecht aktuell
StB	Der Steuerberater

Stbg	Die Steuerberatung
StBW	Steuerberater Woche
SteuK	Steuerrecht kurzgefasst
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StuW	Steuer und Wirtschaft
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter
TOP	Tagesordnungspunkt
u. a.	und andere
u. a.	unter anderem
ÜberlVfRSchG	Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren
UGB	Umweltgesetzbuch
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VDG	Vertrauensdienstegesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGG	Verwaltungsgerichtsgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VideokonfIntensG	Gesetz zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren
VidIntGIZStVO	Verordnung zur Zurückstellung des Inkrafttretens des Gesetzes zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau
VuR	Verbraucher und Recht
VVDSrL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwGOÄndG	Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung
VwPO	Verwaltungsprozessordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Web-Dok.	Web-Dokument
WISO	Wirtschaft und Soziales (Datenbank)

WzS	Wege zur Sozialversicherung
z.	zur
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZMediat-AusbV	Zertifizierte-Mediatoren-Ausbildungsverordnung
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPO-RG	Zivilprozessreformgesetz
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZschG	Zeugenschutzgesetz
ZSteu	Zeitschrift für Steuern und Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZustAnpV	Zuständigkeitsanpassungsverordnung
ZustRG	Zustellungsreformgesetz
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Im Übrigen sei auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Aufl., Berlin/Boston, 2018 verwiesen.

§ 1 Einleitung

Die Tätigkeit eines Juristen ist vor allem auch eine logische Tätigkeit. Die juristischen Examina zeichnen sich dadurch aus, dass in vielen Fällen keine Detailkenntnisse von Regelungen verlangt werden. Stattdessen ist die Kenntnis des Gesamtzusammenhangs der abgeprüften Regelungskomplexe erforderlich, um zu einer plausiblen Lösung der Aufgabenstellung zu gelangen. Um zu verstehen, nach welchem System rechtliche Regelungen aufgebaut sind, ist es hilfreich, zu wissen, welche Vorstellungen hinter den Regelungen stehen. Selbstverständlich ist das dogmatische Arbeiten, das sich auf konkrete Vorschriften bezieht und daraus juristische Grundsätze ableitet, von großer Wichtigkeit. Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, sich mit der juristischen Materie auseinanderzusetzen. Diese rücken allzu oft in den Hintergrund. Die vorliegende Arbeit verfolgt einen solchen eigenständigen Ansatz, um zur Schließung der diesbezüglichen Lücken beizutragen.¹

A. Grundlegende Unterscheidung der Verfahrensordnungen

Im deutschen Recht wird zwischen drei großen Rechtsgebieten unterschieden: dem Zivilrecht, dem öffentlichen Recht und dem Strafrecht.² Das Strafrecht ist dabei systematisch dem öffentlichen Recht zuzurechnen, sodass eigentlich von einer Zweiteilung ausgegangen werden müsste.³ Allerdings enthält das Strafrecht insbesondere hinsichtlich des Rechtsschutzes gegen staatliche Strafverfolgungsmaßnahmen eigene Regeln, die seine Einordnung als selbstständige Materie rechtfertigen.⁴ Die materiell-rechtliche Unterschei-

¹ Nähere Erläuterungen des gewählten Ansatzes folgen.

² *Bitter/Röder*, BGB Allgemeiner Teil, 4. Aufl., 2018, § 2 Rn. 1; *Reimer*, Verfahrenstheorie, 2015, S. 7; vergleiche dazu *Jestaedt*, Wissenschaftliches Recht, in: Kirchhof/Magen/Schneider (Hrsg.), Was weiß Dogmatik?, 2012, 117 (119); zur Versäulung der Teilwissenschaften *Lindner*, Einheit der Rechtswissenschaft als Aufgabe, JZ 2016, 697 (698).

³ So *Bitter/Röder*, BGB Allgemeiner Teil, 4. Aufl., 2018, § 2 Rn. 5 und *Medicus/Petersen*, Allgemeiner Teil des BGB, 11. Aufl., 2016, Rn. 1, die darauf eingehen, dass sich die systematische Zuordnung des Strafrechts zum öffentlichen Recht daraus ergibt, dass auch auf diesem Gebiet der Staat hoheitlich tätig wird; vergleiche auch *Noll*, Gesetzgebungslehre, 1973, S. 212.

⁴ *Bitter/Röder*, BGB Allgemeiner Teil, 4. Aufl., 2018, § 2 Rn. 5; *Medicus/Petersen*, Allgemeiner Teil des BGB, 11. Aufl., 2016, Rn. 1; als Beispiel für solche Rege-

dung zwischen den Rechtsgebieten findet eine prozessuale Entsprechung. So differenziert das deutsche Gerichtsverfassungsrecht zwischen verschiedenen Gerichtszweigen mit jeweils eigenem Verfahrensrecht^{5,6} Grund für diese Unterteilung ist, dass die Interessenlage der Parteien und das öffentliche Interesse an der Richtigkeit der Entscheidung in den Gerichtszweigen unterschiedlich ausgestaltet sind.⁷ In öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten stehen sich in vielen Fällen der Staat und ein in aller Regel strukturell unterlegener Bürger gegenüber,⁸ sodass es wenig sachgerecht erscheint, den Sachvortrag wie im Zivilprozessrecht den Parteien zu überlassen. Vielmehr hat das Gericht den Sachverhalt von Amts wegen aufzuklären.⁹ Dies kommt dem Bürger entgegen und bietet unabhängig vom Sachvortrag der Beteiligten eine hohe Richtigkeitsgewähr der gerichtlichen Entscheidung.

Das Verhältnis der Verfahrensordnungen zueinander kann unterschiedlich ausgestaltet werden. Ein Ansatz besteht darin, die Zivilprozessordnung (ZPO), die zu den Reichsjustizgesetzen von 1877 gehört,¹⁰ in den Mittelpunkt der prozessualen Gesetzgebung und der Prozessrechtsdogmatik zu stellen. Als „Mutter“ aller Verfahrensordnungen¹¹ hat sie schon deshalb eine

lungen zum Rechtsschutz im Strafrecht sind Art. 103 Abs. 2 und Abs. 3 GG zu nennen. Sie sind erforderlich, weil die Eingriffsintensität im Bereich des Strafrechts aufgrund des möglichen Freiheitsentzuges sehr hoch ist.

⁵ Im Rahmen der vorliegenden Betrachtung werden der weitere Begriff Verfahrensrecht sowie der engere Begriff Prozessrecht zur Bezeichnung des prozessualen Verfahrens verwendet, ohne dass hieraus Konsequenzen inhaltlicher Art entstehen; siehe zum Begriff des Verfahrens- und Prozessrechts § 2 B. I.

⁶ Musielak, in: Musielak/Voit (Hrsg.), Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz Kommentar, 15. Aufl., 2018, Einleitung Rn. 16 ff.; Nolte, Die Eigenart des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes, 2015, S. 79; siehe § 1 D. II. 1. In Art. 95 Abs. 1 GG sind fünf oberste Bundesgerichte vorgesehen, die jeweils einer Gerichtsbarkeit zugeordnet werden. Allerdings können die Gerichtszweige der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit thematisch zu einem öffentlich-rechtlichen Gerichtszweig zusammengefasst werden.

⁷ Nolte, Die Eigenart des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes, 2015, S. 88 ff.

⁸ Bitter/Röder, BGB Allgemeiner Teil, 4. Aufl., 2018, Rn. 4; Brox/Walker, Allgemeiner Teil des BGB, 42. Aufl., 2018, § 1 Rn. 10.

⁹ Meissner/Steinbeiß-Winkelmann, in: Schoch/Schneider/Bier (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung Kommentar, 35. EL September 2018, § 173 VwGO Rn. 82; vergleiche zum Amtsermittlungsgrundsatz Dawin, in: Schoch/Schneider/Bier (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung Kommentar, 35. EL September 2018, § 86 VwGO Rn. 6 ff.; siehe § 2 C. II. 1. b).

¹⁰ RGBI VI 1877, 83 ff.; Vollkommer, in: Zöller (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 32. Aufl., 2018, Einleitung Rn. 1; zur Geschichte des Zivilprozessrechts bis zu den Reichsjustizgesetzen vergleiche Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 18. Aufl., 2018, § 4.

¹¹ Meissner/Steinbeiß-Winkelmann, in: Schoch/Schneider/Bier (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung Kommentar, 35. EL September 2018, § 173 VwGO Rn. 5 mit

Sonderstellung inne, weil sie über die längste dogmatische Tradition verfügt. Der Gesetzgeber kann sich als Folge in den anderen Verfahrensordnungen darauf beschränken, Abweichungen von der ZPO zu normieren. Hier kommt der Gedanke des Vorrangs des Zivilprozessrechts zum Tragen. Gegenmodell zu diesem Konzept ist es, die Eigenständigkeit der verschiedenen Verfahrensordnungen zu betonen. Diese können dann ganz eigene Wege gehen und sich unabhängig voneinander entwickeln. Ein drittes Konzept wäre es, von einer allgemeinen Prozessrechtslehre auszugehen, die allen Gerichtszweigen vorausliegt und in den einzelnen Gerichtszweigen nur bereichsspezifisch angepasst wird.¹²

B. Erkenntnisinteresse

Das Erkenntnisinteresse der Arbeit besteht darin, herauszufinden, wie Prozessrecht betrachtet wird. Es soll analysiert werden, inwieweit das Konzept einer allgemeinen Prozessrechtslehre¹³ in jüngerer Zeit noch – oder wieder – Anhänger findet. Die Untersuchung ist auf zwei Ebenen angesiedelt. Auf der ersten Ebene wird die Sicht des Gesetzgebers dargestellt. Die zweite Ebene zeigt die rechtsdogmatische Betrachtungsweise auf. Dazu zählen sowohl die in der Literatur als auch die in der Rechtsprechung eingenommenen Perspektiven.¹⁴ Auf beiden Ebenen kann schwerpunktmäßig die Eigenart der jeweiligen Verfahrensordnungen oder die Einheit des Prozessrechts betont werden. Letzteres weist darauf hin, dass dem Konzept der allgemeinen Prozessrechtslehre Bedeutung zukommt.¹⁵ Auf rechtsdogmatischer Ebene existieren bereits prozessordnungsübergreifende Darstellungen. Beispielfhaft sei das grundle-

weiteren Nachweisen; *Nolte*, Die Eigenart des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes, 2015, S. 3.

¹² Siehe näher zu diesen Konzepten § 3 B. bis § 3 E. Sie können sich auch überschneiden.

¹³ Siehe ausführlich zum Begriff der allgemeinen Prozessrechtslehre § 2 B.

¹⁴ In Deutschland gehören gerichtliche Äußerungen, also die Rechtsprechung, zum dogmatischen Diskurs (vergleiche *Hassemer*, Dogmatik zwischen Wissenschaft und richterlicher Pragmatik: Einführende Bemerkungen, in: *Kirchhof/Magen/Schneider* (Hrsg.), Was weiß Dogmatik?, 2012, 3 [7]; *Kirchhof/Magen*, Dogmatik: Notwendigkeit und Dialog, in: *Kirchhof/Magen/Schneider* (Hrsg.), Was weiß Dogmatik?, 2012, 151 [161]; *Lepsius*, Kritik der Dogmatik, in: *Kirchhof/Magen/Schneider* (Hrsg.), Was weiß Dogmatik?, 2012, 39 [42 f.]; *Reimer*, Verfahrenstheorie, 2015, S. 6, 99). Die Rechtsdogmatik vereint Rechtswissenschaft und Rechtspraxis (vergleiche *Kersten*, Digitale Rechtsdidaktik, JuS 2015, 481 [487]). Zur Dogmatik des Richterrechts vergleiche *Picker*, Richterrecht und Rechtsdogmatik. Zur dogmatischen Disziplinierung des Richterrechts, in: *Bumke* (Hrsg.), Richterrecht zwischen Gesetzesrecht und Rechtsgestaltung, 2012, 85 ff.

¹⁵ Siehe ausführlich zu diesem Gedankengang § 2 B. III.